
Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 19.03.2024**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:17 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 19.03.2024, 16.30 Uhr mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit informiert zunächst, dass der Einreicher die Vorlage IV/007/2024/I-61 zurückgezogen hat und der Tagesordnungspunkt 6.1. daher entfällt.

Herr Horváth bittet nunmehr um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2024

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nicht öffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagt, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Ein **Bürger** stellt folgende Fragen:

Frage 1:

„Was ganz konkret wollen Sie als Stadträte tun, um hier eine bessere Umwelt- und Klimabilanz für die Stadt Dessau-Roßlau zu erreichen?“

Der **Bürger** führt dann wörtlich Folgendes aus:

„In nicht allzu ferner Zukunft werden wieder die Verträge über die Abholung und Entsorgung der gelben Säcke oder der gelben Tonnen auf der Tagesordnung stehen. In Dessau und auch bundesweit zahlt der Bürger über eine Abgabe beim Einkauf die Entsorgungskosten für die Leichtverpackung, die über den gelben Sack entsorgt werden. Dann sammelt der Bürger diese und stellt sie im gelben Sack oder Tonne zur Verfügung. Das alles in der Annahme, dass diese wertvollen Rohstoffe recycelt werden und dieses gut für Klima und Umwelt ist. Das Problem ist nur, dass der Großteil dieser wertvollen Rohstoffe einfach verbrannt werden. Dessau will Umweltstadt sein. Dann ist es zwingend nötig, hier zu einem Umdenken zu kommen. Wer in Dessau-Roßlau diese Rohstoffe sammeln will, muss auch ordnungsgemäß recyceln. Der Bürger bezahlt dafür und der Bürger macht sich auch die Arbeit. Dann kann es jedoch nicht sein, dass, wenn der Bürger seinen Anteil erledigt hat, alles andere egal ist. Die Stadt will CO₂ einsparen. Hier liegt ein sehr großes Einsparpotenzial, das durch die Bürger schon bezahlt ist. Es fehlen nur noch die entsprechenden Beschlüsse, um hier für Umwelt und Klima etwas Positives zu leisten. Ich hatte dies schon einmal bei der letzten Vergabe im Stadtpflegeausschuss angesprochen; nur leider erfolglos. Man hat den Beschluss einfach durchgewunken ohne irgendetwas. Es reicht nicht, wenn der Bürger handelt und die Politik blockiert.“

Darauf antwortet **Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste** wie folgt:

Der gelbe Sack ist ein bundesweites System, auf das die Stadt keinen Einfluss hat. Es gibt nur die Möglichkeit, die Ausschreibungen zu gestalten, wie gesammelt wird. Die Verwertung der Materialien ist Thema des dualen Systems. Wenn die Konsumenten mehr Recyclingmaterial kaufen würden, auch wenn es etwas mehr kostet, dann würde das System auch funktionieren. Das Problem ist, wer würde sich Recyclingmaterial in die Wohnung stellen? **Herr Kaßner** sagt, dass ein Umdenken in der Bürgerschaft stattfinden muss, bevor die Recyclingmaterialien wirklich so angenommen werden, dass sich Recycling auch lohnt.

Daraufhin sagt der **Bürger**, dass es wohl dann keine Einsparung von CO₂ geben wird.

Frage 2:

„Wie viel Prozent der Leichtverpackungen Dessau-Roßlau gehen in die Verbrennung und wie viel CO₂ könnte eingespart werden, wenn man es ordentlich recycelt?“

Herr Horváth sichert dem Bürger eine schriftliche Antwort zu.

Frage 3:

„Was ganz konkret ist unternommen worden, um dieses Problem abzustellen und warum ist man unfähig, dieses Problem zu lösen?“

Er sagt wörtlich:

„Die Stadträte können es nicht mehr hören und ich habe keine Lust, immer das Gleiche zu reklamieren; nur die Verwaltung macht immer stur weiter. Auch heute sind die Niederschriften immer noch nicht einsehbar. Z. B. ganz konkret wollte ich mir diese vom Stadtpflegeausschuss, wo das beim letzten Mal beschlossen wurde, ansehen. Wieder nichts. Warum?“

Herr Horváth führt dazu aus, dass das Problem auch in diesem Ausschuss mehrfach thematisiert wurde. Er hat es mit in die Verwaltung genommen und entsprechende Weisungen getätigt in dem entsprechenden Bereich und auch über die Oberbürgermeister-Dienstberatung. Die Sitzungsbearbeiter wurden nochmals sensibilisiert, dass die Niederschriften ordnungsgemäß im Internet eingestellt werden. Dann fragte **Herr Horváth** den Bürger, welche konkrete Sitzungen er nicht finden konnte. Nach dem Sitzungsschluss kann auch eine gewisse Frist vergehen, weil die Niederschrift erst gefertigt und die Genehmigung durch Unterschriften herbeigeführt werden muss.

Der **Bürger** sagt dazu, dass es sich konkret um die Sitzung vom 09.02.2022 handelt. Er führt weiterhin aus, dass es sich um rund 100 Niederschriften handelt, die im Intranet nicht zu finden sind.

Herr Horváth dankt dem Bürger für den Hinweis und sagt, dass er das Problem nochmals mit in die Verwaltung nimmt. Er bittet den Bürger, die konkreten Sitzungen zu benennen, damit das Problem abgestellt werden kann.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 8. kommunale Bürgerumfrage – Sachstand: Umsetzung, Datenauswertung und Bericht zu ausgewählten Ergebnissen Vorlage: IV/007/2024/I-61

Die Vorlage IV/007/2024/I-61 wurde vom Einreicher zurückgestellt. Der Tagesordnungspunkt entfällt somit.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste fragt Folgendes:

Frage 1:

Er hat gehört, dass die Umweltdetektive derzeit nicht ihre Arbeit als Umweltdetektive ausüben, sondern andere Aufgaben erledigen. Er möchte wissen, ob dies korrekt sei.

Frau Hoyer, Amtsleiterin Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung verneint dies.

Frage 2:

Dann spricht **Herr Kaßner** die Abholzung am Kühnauer See an. Er zitiert einen Artikel aus der Mitteldeutschen Zeitung vom 08.02.2024: *„Zur Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes erfolgte vor Beginn der Arbeiten eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde. Die Maßnahmen erfolgten zur Lichtprofilerhaltung.“*

Hierzu stellt **Herr Kaßner** nunmehr folgende Fragen:

- Warum wurde so umfangreich und breit gerodet? Er sagt, dass dabei verschiedene Gehölze und Baumstrukturen entfernt und geschädigt wurden, die deutlich außerhalb des Lichtprofils liegen. Die Strukturen sind wichtige Lebensräume für Brutvögel und andere Tiere. Es wurden u. a. Schwarzpappelgruppen am Naturlehrpfad verstümmelt, Wildstauden und Waldrandgehölze vernichtet. Er fragt, ob es wirklich eine Abstimmung bzgl. der Maßnahmen mit dem Umweltamt gab. Dann sagt er, dass ihm eine Aussage eines Mitarbeiters des Umweltamtes vorliegt, die wie folgt lautet: *„Der Einsatz von einem Forstmulcher in einer Arbeitsbreite von 6 Metern war nicht Bestandteil der Absprachen und auch nicht die entsprechenden Anfahrschäden.“*
- Wozu benötigt man am Kühnauer See einen 6 Meter breiten Lichtraum?
- Wer beseitigt die entstandenen Anfahrschäden?
- Wer wird die unnötigen ökologischen Schäden ausgleichen?

Frage 3:

Herr Kaßner fragt weiterhin, warum im Kochstedter Wald im Gelände zwischen Bergstraße und Hirtenau mit Harvestern gearbeitet wurde? Wurde das mit dem Umweltamt abgestimmt? Welchen Zweck hatten diese Maßnahmen und wäre es auch möglich gewesen, ohne schwere Technik in den Wald vorzurücken?

Frage 4:

Des Weiteren führt **Herr Kaßner** aus, dass Frau Steffi Lemke, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz das Förderprogramm für die Klimastärkung der Parks und Landschaften ins Leben gerufen hat. Er sagt, dass für das Georgium 1,8 Mio. € vorgesehen waren. Dazu sollte es eine Beschlussvorlage im Plan geben, was mit dem Geld passiert. Auf seine Anfrage im Stadtbezirksbeirat vor längerer Zeit wurde leider noch nicht geantwortet, so **Herr Kaßner**.

Frage 5:

Nun spricht **Herr Kaßner** das Thema Entschlammung von Seen und Wasserflächen an. Diesbezüglich hatte er am 15.12.2023 Frau Lohde eine E-Mail geschrieben und über eine Firma informiert, die in ganz Deutschland Entschlammungen ohne Einsatz

von Technik durchführt. Hier kommen Aktivatoren zum Einsatz, die die Bodenlebewesen in Schlämmen aktiviert und damit eine deutliche Schlammreduzierung auf relativ ökologisch vertretbarem Weg sicherstellt. Des Weiteren führt **Herr Kaßner** aus, dass es einen positiven Effekt auf die Blaualgenpopulation hat, da diese in den behandelten Seen deutlich zurückgegangen ist. Bisher hat er noch keine Antwort auf seine Mail erhalten und fragt nach, ob das Umweltamt Kenntnis von dieser Mail hat und ob in der Oberbürgermeister-Dienstberatung darüber gesprochen wurde.

Herr Horváth sagt, dass die Fragen, die die Umweltbehörde betreffen, vom Amt für Umwelt und Naturschutz schriftlich beantwortet werden. Die anderen Anfragen, auch die E-Mail an Frau Lohde wird **Herr Horváth** mit in die Verwaltung nehmen und dort thematisieren.

Dann meldet sich **Herr Kellner, Fraktion der CDU** zu Wort und fragt bzgl. des Gewerbegebietes Mildensee nach, ob es die Möglichkeit gibt, um Wildparker abzuschrecken, absolute Halteverbote einzurichten. Außerdem moniert er die Vermüllung des Gebietes und fragt, wie man hier Abhilfe schaffen könnte.

Herr Horváth wird die Anfrage hinsichtlich der Vermüllung mit in die Verwaltung nehmen.

Herr Dähne, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung antwortet bzgl. des Parkens wie folgt:

Ein Gespräch fand bereits mit der Betreiberin des Parkplatzes, Frau Schuster statt. Derzeit befinden sich mehrere Varianten der Verkehrsorganisation in Prüfung. Diese müssen aber noch gemeinschaftlich mit dem Baulastträger abgestimmt werden, so dass man tatsächlich keinen Wildparker mehr dort hat, so **Herr Dähne**.

Herr Kellner fragt, wann der Deichschluss in Mildensee am Scholitzer See erfolgen soll. Des Weiteren interessiert ihn in Bezug auf die Deichscharten, wer sich um die Instandhaltung der Tore kümmert.

Herr Müller, Amtsleiter Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst antwortet hierauf, dass für die Hochwasserschutzanlagen, also speziell für die Deichdurchfahrten, die Stadt für die Wartung verantwortlich ist. Mit einigen freiwilligen Feuerwehren wurde bereits gesprochen, ob diese in ihrem Zuständigkeitsbereich die Wartung ein bis zwei Mal im Jahr selbst durchführen könnten. Von vielen gab es bisher eine positive Rückmeldung. Des Weiteren führt **Herr Müller** aus, dass die Schrauben an den Toren regelmäßig gewartet werden, also mindestens einmal im Jahr.

Herr Kellner sagt, dass ihm nicht bewusst war, dass die Aufgaben vom LHW an die Stadt übertragen wurden. Er fragt, ob dies mit Kosten verbunden ist.

Herr Müller sagt, dass diese Regelungen nach dem Hochwasser im Jahr 2002 entstanden sind. Er führt weiter aus, dass das LHW alle technischen Voraussetzungen

für die Deichscharten schafft, aber für das Schließen ist das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst zuständig. Des Weiteren hat das Amt die Aufgabe, Deichscharten im Lager sowie die Schrauben in den Aufnahmebereichen zu warten und zu pflegen. Dann sagt **Herr Müller** noch, dass kein Geld fließt.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragt nach der Parkplatzsituation in der Wolfgangstraße und am Heideplatz.

Herr Dähne sagt hierzu, dass eine Prüfung derzeit erfolgt. Ein Bewohnerparkgebiet kann allerdings nicht eingerichtet werden. Man kann nur prüfen, ob man es aus dem räumlichen Bereich der Gültigkeit der Parkgebührenordnung herausnehmen könnte. Diese Entscheidung obliegt irgendwann den Stadträten, sagt **Herr Dähne**. Dann erläutert er, dass der Platz dennoch Einnahmen generiert. Der Straßenbaulastträger wünscht derzeit, dass der Parkautomat dort bestehen bleibt.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) stellt folgende Fragen:

Frage 1:

Er fragt, wann die Haupteingangstür des Rathauses wieder geöffnet wird.

Frage 2:

Kann eine Aussage getroffen werden hinsichtlich der Sperrung zum Neuen Acker? Es wurde wohl zugesichert, so **Herr Ratzmann**, dass bei entsprechender Wetterlage ein Sprühfahrzeug zum Einsatz kommen soll, um die Staubentwicklung dort zu minimieren.

Frage 3:

Dann spricht **Herr Ratzmann** das Thema Feuerwehr an und fragt nach dem Inflationsausgleich, der den Mitarbeitern zugesichert, aber bisher noch nicht gezahlt wurde. Er möchte wissen, wann die Kameraden mit der Zahlung rechnen können.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit antwortet hierauf wie folgt:

Zu Frage 1:

Hier kann **Herr Horváth** kein genaues Datum nennen, aber seiner Kenntnis nach soll die Öffnung in der 11. bzw. 12. KW erfolgen.

Zu Frage 2:

Hier antwortet **Herr Dähne**, dass die Baumaßnahme am Neuen Acker noch läuft. Bis wann sie angemeldet ist, kann er allerdings nicht sofort beantworten, wird dies aber nachreichen. Den Einsatz eines Sprühfahrzeuges müssen die Anlieger mit dem Tiefbauamt besprochen haben, da **Herr Dähne** dies nicht bekannt ist.

Zu Frage 3:

Herr Horváth führt hierzu aus, dass es sich hierbei um die Inflationsausgleichszahlung für Beamte handelt. Für die Tarifbeschäftigten gab es bereits im letzten Jahr einen Tarifabschluss. Was den Inflationsausgleich und die Anpassung der Besoldung der Beamten betrifft, bedarf es eines entsprechenden Gesetzes, so **Herr Horváth**. Dieses Gesetz gibt es noch nicht. Aber seines Wissens nach, ist den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, auf Landes- und Kommunalebene, diese Zahlung vorab zu tätigen. Derzeit befindet man sich in Prüfung. **Herr Horváth** sagt, dass es geplant ist, den Inflationsausgleich spätestens im Juni 2024 auszuführen; möglicherweise im Mai. Dies gilt nicht nur für die Kameraden der Feuerwehr, sondern für alle Beamten, so **Herr Horváth**.

Herr Ratzmann bittet darum, ihm die Ausführungen in Schriftform zukommen zu lassen.

Herr Fricke, Fraktion der SPD sagt zum Hundenauslaufplatz an der alten Shell-Tankstelle, Raguhner Straße, dass seiner Erinnerung nach im Beschluss von eingetragenen Flächen die Rede war. Das ist seiner Meinung nach aber nicht der Fall. Ihn interessiert, ob der jetzige Zustand der Endzustand ist. Er meint, sich zu erinnern, dass zur Mitfinanzierung dieser Auslaufflächen Sponsoren / Werbepartner gefunden werden sollten. **Herr Fricke** fragt nach, ob diesbezüglich Aktivitäten unternommen wurden.

Dann moniert **Herr Fricke**, dass die Stadträte die Unterlagen hinsichtlich der Powerpoint-Präsentation des Amtes 61 vorab nicht erhalten haben. Er bittet, dass umfangreichere Powerpoint-Präsentationen mit der Einladung zur Sitzung ausgereicht werden.

Herr Horváth sagt hierzu, dass es sich bei der Präsentation um eine Information handelt. Er führt aus, dass ein entsprechender Fristenvorlauf für die Einladung besteht und es nicht immer möglich ist, diese Unterlagen vorab auszureichen. In Zukunft soll aber darauf geachtet werden, damit sich die Stadträte auf die Sitzung vorbereiten können, so **Herr Horváth**.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau sagt in Bezug auf die Sperrung der Zerbster Brücke, dass immer noch viele Lkw nicht die Umleitung fahren, sondern über die Streetzer Brücke. Er fragt, ob hier Maßnahmen eingeleitet wurden, um dem entgegenzuwirken. Außerdem moniert er die Größe des Umleitungsschildes. Dieses ist seiner Meinung nach zu klein.

Darauf antwortet **Herr Dähne**, dass die Zerbster Brücke nunmehr voll gesperrt ist. Aus Dessau kommend stehen mindestens 4 entsprechende, auffallende Umleitungs- und Hinweisschilder. An der Kreuzung Luchstraße / Dessauer Straße wurde zusätzlich ein Lkw-Verbot rechtsabbiegend aufgestellt. Die Lkw werden dann über den Bahnhof zurückgeleitet und an der ehemaligen Polizeiwache über ein Umleitungszeichen entsprechend in die Umleitung eingegliedert. Er sagt, dass der Streetzer Weg eine öffentliche Straße ist und ein gewisser Teil dort langfahren wird. Für die Umlei-

tung benötigt man ca. 12 Minuten und für den Weg über die Streetzer Straße ca. 25 Minuten, so **Herr Dähne**.

Herr Fessel widerspricht dem und berichtet von den Aussagen eines Wittenberger Bürgers, der im Impfstoffwerk arbeitet. Dieser benötigt jetzt bis zum Arbeitsplatz 2 Stunden. Vor der Sperrung waren es 45 Minuten.

Herr Dähne sagt, dass sich im Bereich der Luchstraße nichts geändert hat. Die Rückstauerscheinung hat es an der Kreuzung im Wald gegeben, da die Bürger auf Seiten des Streetzer Weges hineingefahren sind, um nicht die Umleitung zu fahren müssen. Die Lichtsignalanlage ist jedoch so angepasst, dass sie die ausgewiesenen Umleitungsverkehre priorisiert.

6.2.1 Informationen zum Jahresbericht der Feuerwehr

Herr Müller, Amtsleiter Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst gibt nunmehr zusammenfassende Informationen zum Jahresbericht der Feuerwehr Dessau-Roßlau 2023, der als **Anlage** der Niederschrift beigefügt ist.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau fragt nach, ob es psychosoziale Angebote gibt und ob diese in Anspruch genommen werden. Des Weiteren möchte er wissen, ob es in der näheren Vergangenheit Angriffe auf die Mitarbeiter der Feuerwehr in Dessau-Roßlau gegeben hat.

Herr Müller sagt, dass es umfangreiche Angebote für psychosoziale Nachsorge oder Notfallseelsorge gibt. Dann führt er aus, dass es in der Stadt Dessau-Roßlau ein gut funktionierendes Notfallseelsorgeteam gibt, die sowohl für die Bürger als auch für die Kameraden der Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr zuständig sind. Im letzten Jahr ist dies einmal in Anspruch genommen worden, als ein Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr in Roßlau verstorben ist und die eigene Feuerwehr an diesem Einsatz beteiligt war. Auf die Frage bzgl. der Angriffe auf Rettungskräfte sagt **Herr Müller**, dass man Dessau-Roßlau nicht mit einer Großstadt wie Berlin vergleichen kann und es bis jetzt nicht zu solchen Angriffen in Dessau-Roßlau kam. In diesem Fall sollen die Mitarbeiter auf die Polizei warten, so **Herr Müller**.

Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) fragt Herrn Müller, ob er Bereiche sieht, die verbesserungswürdig sind.

Herr Müller antwortet hierauf, dass es natürlich alltägliche Probleme gibt, die allerdings bei den regelmäßigen Treffen mit den Wehrleitern oder direkt im Amt angesprochen und diskutiert werden. Diese finden im Jahresbericht keine Erwähnung.

Herr Kellner, Fraktion der CDU merkt an, dass auch die Stadträte zu einer gewissen Zufriedenheit in den letzten Jahren beigetragen haben, wie z. B. mit dem Abschluss des Haushaltes. Der Dank sollte somit auch an die Stadträte weitergegeben werden, so **Herr Kellner**. Er erwähnt weiterhin die hohen Mitgliederzahlen, wie z. B.

im Kinder- und Jugendbereich, welche Halle und Magdeburg nicht vorweisen können.

Herr Horváth bestätigt diese Aussagen. Durch die Unterstützung des Stadtrates und auch der Organisation vor Ort führt es zu einem guten Rettungsdienst und einer guten Feuerwehr. Daraus resultiert auch mehr Sicherheit für die Bürger.

Herr Fricke, Fraktion der SPD sagt, dass es 7 Klagen vor dem Verwaltungsgericht brauchte, bis die Stadt verstanden hat, dass die Notfallsanitäter Anspruch auf eine Erschwerniszulage nach der Erschwerniszulagenverordnung des Landes haben. Und die nächsten Klagen stehen an, so **Herr Fricke**. Er sagt, dass Streit darüber besteht, wie diese Erschwerniszulage zu berechnen ist. Da vertritt die Stadt die Ansicht, dass die Notfallsanitäter nun Buch führen müssen, wenn sie in ihrer Schicht einen Einsatz haben, also wenn sie am Patienten sind. Es muss also vermerkt werden, wann der Patient im Klinikum abgeliefert wurde. **Herr Fricke** führt aus, dass der Streit darum geht, ob die Erschwerniszulage pro Stunde gezahlt wird, wie es in anderen Bereichen auch üblich ist oder ob man dies einkürzen kann. Denn zu sagen, dass es überhaupt keine Erschwerniszulage gibt, da die Kameraden gerade befördert wurden und jetzt eine Besoldungsstufe höher sind, ist nicht korrekt, so **Herr Fricke**. Er findet diese Vorgehensweise gegenüber den eigenen Kameraden nicht sehr respektvoll.

Herr Horváth sagt zu den Klageverfahren bzgl. der Erschwerniszulage, dass diese bis ins Jahr 2021 reichen und durch ein Urteil im Jahr 2023 geklärt wurden. Hier gab es eine rechtliche Meinungsverschiedenheit, so **Herr Horváth**. Wenn die Entscheidung 2 bis 3 Jahre zurückreicht und Verfahren anhängig sind, dann muss die jetzige Verwaltungsspitze zunächst damit umgehen. Die Verfahren sind abgeschlossen.

Herr Fricke widerspricht und sagt, dass diese Rückwirkung im Jahr 2021 dadurch entstanden ist, dass die Stadt gesagt hat, wenn eine Erschwerniszulage gezahlt werden muss, dann wird zurückgerechnet und zurückverlangt, was zu viel gezahlt wurde. Aber der Ausgangspunkt dieser Prozesse war zunächst, so **Herr Fricke**, dass eine Erschwerniszulage überhaupt nicht geschuldet wird, weil die betroffenen Kameraden im Rahmen dieser Diskussion, die auch schon lange zurückreicht, dann befördert wurden.

6.2.2 Informationen zur Aufstellung des neuen Landesentwicklungsplanes

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung führt zum Thema „Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes“ anhand einer Präsentation ein, die als **Anlage** zur Niederschrift genommen wird.

Herr Kellner, Fraktion der CDU verlässt 17.58 Uhr den Raum und betritt ihn 18.00 Uhr wieder.

Herr Schmidt nimmt auf die Frage von Herrn Fricke Bezug, warum die Unterlagen der Präsentation im Vorfeld der Sitzung nicht ausgereicht wurden. Er sagt, dass es

im Moment ein sehr dynamischer Prozess ist. Seit 29.01.2024 ist der Entwurf des Landesentwicklungsplanes im Internet einsehbar. Dieser ist auch auf der Homepage verlinkt und im Stadtrat wurde bereits im Januar darüber berichtet. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmer der Verbände und aller, die sich in die Landesentwicklung auch einbringen wollen, läuft noch bis zum 12.04.2024, so **Herr Schmidt**. Online kann man sich auf der Internetseite des Landes beteiligen. Der Link hierzu ist in die *beiliegende* Präsentation eingefügt. Ebenfalls einloggen kann man sich über die Homepage der Stadt. Das analoge Exemplar liegt in den Räumen der Stadtverwaltung des Technischen Rathauses in Roßlau aus.

Herr Jüling, Fraktion der CDU verlässt die Sitzung 18.05 Uhr.

Herr Schmidt berichtet nunmehr, dass die Bereiche, wie z. B. das Flächendenkmal Dessau-Wörlitzer-Gartenreich, die tatsächlich zum UNESCO-Welterbegebiet gehören, sich auch in den Grenzen des sogenannten Vorbehaltsgebiets für Kultur- und Denkmalpflege wiederfinden.

Herr Schmidt informiert über die sogenannte West-Ost-Ausrichtung, die von Cottbus über Braunschweig nach Hannover verlaufen soll. In diese Verbindungsachse sollen auch Dessau-Roßlau und Wittenberg einbezogen werden, und zwar vor dem Hintergrund, dass dort das Land an der Autobahnanschlussstelle A9 bei Coswig einen sogenannten Vorrangstandort für ein interkommunales Gewerbegebiet vorgesehen hat. Im Bereich der zentralen Orte ist es wichtig für die Abgrenzung von Dessau-Roßlau zu wissen, dass die derzeitige Vorgabe aus dem Landesentwicklungsgesetz sich nicht 1:1 im Landesentwicklungsplan wiederfindet. Dort ist nämlich nachzulesen, so **Herr Schmidt**, dass der größte im Zusammenhang bebaute Ortsteil einschließlich seiner städtebaulichen Erweiterung den zentralen Ort bildet. Hier soll mit dem Land abgestimmt werden, wie tatsächlich die Grenzen des zentralen Ortes in Dessau-Roßlau künftig verlaufen sollen. Das Landesentwicklungsgesetz sieht hier einen Abstimmungsprozess und nicht nur eine pauschale Festlegung vor.

Bei den zentral örtlichen Aufgaben ist es auch wichtig, so **Herr Schmidt**, dass der Plangeber in Magdeburg hier eine gewisse Verbindlichkeit auch bei der Zuweisung von öffentlichen Mitteln in die zentralen Orte in den Landesentwicklungsplan aufnimmt. **Herr Schmidt** moniert, dass diese Formulierung im neuen Entwurf fehlt. Im Bereich des Einzelhandels fällt auf, dass das Land mit einer Zielbestimmung eine sogenannte Sortimentsliste vorgeben will.

Zum Bereich Integration, Inklusion und Teilhabe sagt **Herr Schmidt**, dass die Kollegen aus dem Sozialdezernat insbesondere darauf hingewiesen haben, dass es wenige oder fast keine Bezüge zum Landesintegrationskonzept gibt, welches erst im Jahr 2020 beschlossen wurde. Das sollte zwingend mit in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden, so **Herr Schmidt**. Man will sich dafür stark machen, dass das Städtische Klinikum auch eine namentliche Nennung und somit eine Wertschätzung im Bereich der Schwerpunkt- und Spezialversorgung in den Oberzentren im Landesentwicklungsplan 2035 erfahren soll.

In den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Verkehr fällt auf, so **Herr Schmidt**, dass die Ortsumgehung Roßlau nicht benannt wird. Für die Ortsumgehung Roßlau - Tornau gibt es im Bundesverkehrswegeplan eine entsprechende Vormerkung. Dies soll auch im Landesentwicklungsplan Berücksichtigung finden.

Des Weiteren sagt **Herr Schmidt**, dass zu den zentral örtlichen Ausstattungselementen eines Oberzentrums ein ICE-Haltepunkt gehört. Dies wird auch eingefordert. Bislang ist nur vermerkt, dass die Strecke Dessau-Roßlau nach Norden und Süden auf 160 km/h ausgebaut werden soll.

Im Bereich der Energieversorgung führt **Herr Schmidt** aus, dass sehr viel im Bereich der Windenergieanlagen hinzugekommen ist. Dort nimmt man die Vorgaben aus dem Wind-an-Land-Gesetz auf. Er informiert auch, dass das Landesentwicklungs-gesetz vor kurzem geändert wurde. Darin sind jetzt sogenannte Pflichtflächenbestandteile enthalten zur Ausweisung von sogenannten Windvorranggebieten. Sachsen-Anhalt soll allgemein nach dem Wind-an-Land-Gesetz 2,2 % der Landesfläche in 2 Tranchen bis in die 2030er Jahre ausweisen. Kommt das Land dieser Verpflichtung nicht nach, wird über die sogenannte Außenbereichsprivilegierung die Windkraft an jeder Stelle im Außenbereich grundsätzlich und privilegiert auch zulässig. Es soll ein Ziel im Landesentwicklungsplan geben, wo darauf hingewirkt wird, keine Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen aufzunehmen. Das mag auf der Ebene der Landesplanung nachvollziehbar sein, so **Herr Schmidt**. Wenn man aber bedenkt, dass es auch ein sogenanntes Konfliktbewältigungsgebot gibt und insbesondere im UNESCO-Welterbe das Thema einer unbeschränkten Höhenbegrenzung zu neuen konfliktträchtigen Herausforderungen führt, wird auf jeden Fall angeregt, hier Vorgaben zu machen, wie insbesondere im UNESCO-Welterbebereich. Das betrifft hauptsächlich alles, was zum Dessau-Wörlitzer-Gartenreich und auch zu Mosigkau gehört. Das Amt für Umwelt- und Naturschutz hat sehr kritisch den Grundsatz zu Windkraftanlagen im Wald bewertet. Im Bereich der Solarenergie ist jetzt eine Obergrenze für Freiflächenphotovoltaikanlagen in den Landesentwicklungsplan aufgenommen worden. Dort gibt man vor, dass die Gemeinden nicht mehr als 5 % der Freifläche einer Gemeinde für Freiflächenphotovoltaik in Anspruch nehmen sollten.

Im Bereich des Naturschutzes ist aufgefallen, so **Herr Schmidt**, dass die gesamten Natura 2000 Gebiete und Naturschutzgebiete mit ihren entsprechenden strengen rechtlichen Vorgaben, die auch auf EU-Recht zurückgeführt werden, in sogenannte Vorbehaltsgebiete überführt worden sind. Er erklärt dann, dass Vorbehaltsgebiete keine Vorranggebiete sind, sondern Gebiete, in denen Abwägungsprozesse möglich sein sollen. Das ist insbesondere bei der internen Beteiligung aus dem Naturschutzbereich kritisch angemerkt worden.

7 Beschlussfassungen

7.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" – Durchführungsvertrag / Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Vorlage: BV/016/2024/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragt nunmehr, ob es zur Beschlussvorlage Einführungsbedarf gibt. Dies ist nicht der Fall. Somit stellt er die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 0

7.2 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" – Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/017/2024/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragt nach Einführungsbedarf in die Beschlussvorlage. Dies ist nicht der Fall. Er stellt sodann die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 0

7.3 Änderungsbebauungsplan Nr. 102 A "Gewerbegebiet West" – Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/371/2023/I-61

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit begrüßt zunächst Herrn Petzold, Geschäftsführer des Unternehmens Octapharma GmbH. Einführungsbedarf in die Beschlussvorlage gibt es auf Anfrage von **Herrn Horváth** nicht. Er stellt dann die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 0 – 0

Herr Horváth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit schließt die Sitzung 18.17 Uhr.

Dessau-Roßlau, 12.06.24

Stefan Horváth
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin